

Veith Selk, Julian Nicolai Hofmann (Hg.): „Postliberalismus?“

Muss man Postliberalismus ernst nehmen

Von Nils Schniederjann

Deutschlandfunk, Andruck, 31.08.2026

Seit mehr als zehn Jahren wird der liberalen Ordnung eine Krise attestiert. Eine Strömung der amerikanischen Rechten, der auch Vizepräsident JD Vance nahesteht, schlägt daraus politisches Kapital: der Postliberalismus. Ein Sammelband will diese Debatte nach Deutschland holen.

Antworten auf die Frage, was auf die Krise des Liberalismus politisch folgen soll, gibt es viele. Eine der interessantesten bietet der Postliberalismus. Oft heißt es vereinfachend, die Postliberalen würden linke Wirtschaftspolitik mit konservativer Gesellschaftspolitik verbinden. Auch das wäre schon interessant, schließlich hat das politische Koordinatensystem lange keinen Platz dafür vorgesehen, entfesselten Märkten und gesellschaftlichem Liberalismus gleichzeitig eine Absage zu erteilen. Der Ansatz der Postliberalen ist aber noch radikaler: Sie lösen sich von einer Prämisse, die linkes wie rechtes Denken in den vergangenen Jahrzehnten gleichermaßen geprägt hat, nämlich dass sich Freiheit vor allem als die Abwesenheit jeglicher Beschränkungen verstehen lässt. Der Politologe Adrian Pabst, einer der Vordenker des britischen Postliberalismus, macht das deutlich:

„Die Utopie eines von allen Formen der Kontrolle befreiten Individuums verbindet sich mit der Utopie des freien Marktes als eines ordnenden Prinzips der Gesellschaft. Im Zentrum des progressivistischen Glaubensbekenntnisses steht der Kult der individuellen Autonomie, der illiberal und autoritär ist, insofern er all jene an den Rand drängt, die sich eine stärkere gemeinschaftliche Solidarität wünschen.“

(Post-)Liberale Erschöpfung

Dieser Gedanke trifft einen wunden Punkt liberaler Theorie. Dass sich US-Vizepräsident JD Vance seit Jahren öffentlich auf den postliberalen Vordenker Patrick Deneen beruft, zeigt, dass es dabei längst um mehr geht als um akademische Gedankenspiele.

Veith Selk, Julian Nicolai Hofmann
(Hg.)

Postliberalismus? Eine transatlantische Debatte

Suhrkamp Verlag

Übersetzung der englischen
Beiträge: Jürgen Schröder

463 Seiten

28,00 Euro

Mit Adrian Pabst und Patrick Deneen bietet der nun bei Suhrkamp erschienene Band immerhin zwei Fürsprecher des Postliberalismus, dazu ein gelungenes Überblickskapitel des schwedischen Politikwissenschaftlers Stefan Borg. Die beiden Herausgeber diagnostizieren wiederum in ihrem klugen Einstieg einen sogenannten Hintergrundliberalismus, der auch die deutsche Gesellschaft präge – gemeint ist die allgemeine Tendenz, freiheitliche Formen von Politik, Kultur und Wirtschaft zu bevorzugen. Dieser Hintergrundliberalismus sei nun aber bedroht von einem, wie es die Herausgeber nennen, postliberalen Enttäuschungssyndrom, also ...

„die bis in die Mitte der Gesellschaft hinein reichende Enttäuschung von positiven Erwartungen an die Institutionen einer freiheitlichen Gesellschaft und deren liberale Leitideen, die in einem zunehmenden Maße als erschöpft, enttäuschend und hypokritisch wahrgenommen werden.“

Das ist, angesichts der offenkundigen Erosion liberaler Gewissheiten, richtig. Doch bevor der Eindruck entstehen kann, beim Postliberalismus handle es sich nun um eine ernstzunehmende theoretische oder politische Konkurrenz, beruhigen Veith Selk und Julian Nicolai Hofmann ihre Leser mit der Behauptung, dass es sich um „kein tragfähiges Konkurrenzparadigma“ zum Liberalismus handle.

Zu reflexhaft weggewischt

Auch die meisten übrigen Autoren des Bandes scheinen darum bemüht, erst gar kein Interesse am Postliberalismus aufkommen zu lassen. So sei er „nur mehr Reaktion auf die gewandelten Verhältnisse“, wie Philip Manow schreibt; „wenig plausibel“ und ein „Steigbügelhalter [...] für einen libertären Autoritarismus“, letztlich „nicht mehr als Lagerfeuerromantik“, wie Ingolfur Blühdorn sekundiert; bloß ein „autoritäres, mithin antiliberales Projekt“, deren Vertreter „weder über eine ausgearbeitete Politiktheorie noch über konkrete Maßnahmen [...] verfügen“, versichert auch Elif Özmen. Die Liste ließe sich verlängern. Dass der Postliberalismus ursprünglich in der britischen Linken entstand, übersehen die meisten Autoren dabei achtlos.

Wer einer Denkrichtung so geschlossen die Substanz abspricht, muss sich außerdem die Frage gefallen lassen, warum er ihr ein ganzes Buch – oder auch nur einen Beitrag – widmet. Viele Autoren schreiben, man beschäftige sich bloß wegen seines politischen Erfolgs mit dem Postliberalismus. Doch inwiefern sich die Politik der zweiten Trump-Regierung überhaupt deckt mit den Ideen der Postliberalen wäre ja erstmal zu untersuchen. Jedenfalls machen es sich viele der hier versammelten Autoren zu leicht, wenn sie das, was in den USA realpolitisch passiert, gleich als Urteil gegen die postliberale Theorie in Stellung bringen. Interessant wird es vor allem da, wo einzelne Autoren zu verstehen versuchen, was den Postliberalismus nicht nur falsch und gefährlich, sondern auch attraktiv macht. So tut es etwa der Wiener Politikwissenschaftler Fabio Wolkenstein in einem der gelungensten Beiträge des Bandes:

„Die Auseinandersetzung mit dem postliberalen Denken ist für Liberale produktiv, da sie diese dazu auffordert, zu Fragen des guten Lebens Stellung zu beziehen. Viele Liberale sind der Meinung, dass jeder diese Fragen für sich selbst beantworten muss, übersehen dabei jedoch, dass diese Auffassung bereits eine Vorstellung des guten Lebens impliziert. Das

bedeutet: Wenn Liberale der postliberalen Vision etwas entgegensetzen wollen, müssen sie über gelungene Lebensführung im Sinne ihrer eigenen Ideale sprechen.“

Auch Wolkenstein bleibt skeptisch. Doch er nimmt ernst, dass die postliberale „Seelenpflege“, wie er es nennt – also die Bereitschaft, Anhängern ein konkretes Bild vom objektiv guten Leben statt bloß ein Laissez-Faire-Prinzip an die Hand zu geben – etwas berührt, das der rein prozedurale Liberalismus vernachlässigt hat.

Manches Versprechen löst der Band ein

Bezeichnenderweise liefern die beiden Autoren ohne Professur die stärksten Kapitel des Bandes. Anders als ihre arrivierten Kollegen versuchen die jüngeren Politiktheoretiker Anton Jäger und Benjamin Studebaker gar nicht erst, den Postliberalen ein inkohärentes Programm nachzuweisen. Sie zeigen stattdessen, dass demokratische Systeme nach Jahrzehnten der Entpolitisierung kaum noch ernsthafte Alternativen zulassen – auch keine autoritäre, wie sie vielen Postliberalen vorzuschweben scheint. Jäger schreibt:

„Die politischen Wirkungen dieser neuen rechten Strömung [lassen sich] kaum nachweisen – bislang drehen sich alle Erfolgsgeschichten der Zwang ausübenden Rechten um Kultur statt um breiteren gesellschaftlichen Wandel. Der zeitgenössischen Rechten fehlen weiterhin die Mittel, um echten Druck auszuüben, Menschen zur Rückkehr in die Kirche zu bewegen, große Familien anzustreben oder liberale Sitten aufzugeben. Da liberale Demokratien Fragen, die den Glauben und die Familie betreffen, in den Bereich des Privaten verlagert haben, lehnen viele es bereits ab, überhaupt gebeten zu werden, diese Fragen in den öffentlichen Raum zu tragen.“

Diese Spannung zwischen liberaler Neutralität und dem demokratischen Anspruch, über das gemeinsame Zusammenleben auch inhaltlich zu entscheiden, ist einer der Gründe für die Krise der liberalen Demokratie. Dass Selk und Hofmann Denker versammeln, die nach Auswegen aus dieser Krise suchen, und sie in den deutschen Diskurs holen, ist ehrenwert. Nur hätten sie ihnen womöglich nicht gleich eine ganze Reihe deutscher Politikwissenschaftler entgegenstellen müssen, die jeden Versuch, über das liberale System hinauszugehen, reflexhaft abwatschen – teils aufgrund von einer zu schmalen, teils aus absichtlich missgünstiger Lektüre. Der Postliberalismus verdient mehr als das Kopfschütteln, mit dem er in diesem Band allzu oft abgefertigt wird.